

rief vom Dienst:  
800/2971 (Durchwahl)  
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
amstag 10 bis 17 Uhr,  
nn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
brige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Sriedgasse 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien  
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Donnerstag, 11. Juni 1987

Blatt 1244

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Bilanz der städtischen Kinderspitäler (1245)
- Stadtwerke: Winter ließ Energieverbrauch hochschnellen (1246)
- Gleisbauarbeiten in der Grinzinger Allee (1247)
- Spitäler: Arbeitszeitverkürzung einvernehmlich mit Pflegepersonal (1248)
- Western- und Country-Konzert (1249)
- Fachschule Dörfelstraße wird ausgebaut (1250)
- Goldenes Ehrenzeichen für Dr. Rupert Zimmermann (1253)
- Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Kühlmayer (1253)
- Ronacher: Projekt steht am 1. Juli (1254)
- Zilk: Mehr Mitsprache für Städte in Bundesangelegenheiten (1255/1256)
- Stacher gegen undifferenzierte Aussage zu Spitalskosten (1257)
- Arbeitsunfall bei U-Bahn-Baustelle (nur FS)

## Bezirke:

- Dritter Simmeringer Haidelauf (1252)
- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1252)

## Kultur:

- Fünf Millionen für Filmförderungsfonds (1251)



## **Bilanz der städtischen Kinderspitäler**

### **Schaffung zusätzlicher Mutter-Kind-Zimmer**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Die Schaffung zusätzlicher Mutter-Kind-Zimmer in den städtischen Kinderspitälern und -abteilungen sowie verbesserte Aufnahmemöglichkeiten für Begleitpersonen durch eine Novellierung des Krankenanstaltengesetzes im kommenden Herbst kündigte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner gesundheitspolitischen Presserunde an. Laut Stacher zählen die Adaptierung und Modernisierung zu den vordringlichsten Aufgaben der Stadtverwaltung in den letzten zehn Jahren. Neben Verbesserungen auf dem medizinischen Gebiet wurden auch eine Reihe von patientenbezogenen Maßnahmen im Sinne einer stärkeren Humanisierung, wie etwa eine Ausweitung der Besuchszeiten und die Schaffung von Mutter-Kind-Zimmern, durchgeführt.

### **Kürzere Spitalsaufenthalte**

Obwohl es in allen Kinderspitälern zu einer Verminderung der Betten gekommen ist (von 2.529 auf 1.204) ist die Zahl der Aufnahmen in den letzten zehn Jahren von 24.417 auf 30.828 gestiegen, die Zahl der Pflage tage hingegen von 297.567 auf 250.393 zurückgegangen. Zurückgegangen ist auch die durchschnittliche Verweildauer von 12,2 auf 8,12 Tage. Dies ist, wie Stacher erklärte, auf das geänderte Krankheitsspektrum und hin vor allem auf den Rückgang der Infektionskrankheiten zurückzuführen.

### **Notwendige Rehabilitation**

Sowohl StR. Stacher als auch Prim. Dr. Walter Potacs vom Mautner Markhof'schen Kinderspital unterstrichen die Notwendigkeit einer möglichst früh beginnenden Rehabilitation des Kindes im Spital. Prim. Potacs berichtete in diesem Zusammenhang über die von ihm Ende 1985 geschaffene Rehabilitationsstation im Rahmen der internen Abteilung des Mautner Markhof'schen Kinderspitals. Seit der Installierung dieser Einrichtung konnten bereits insgesamt 105 Kinder erfolgreich behandelt werden. Laut Stacher wäre es unbedingt notwendig, ähnliche Einrichtungen auch in anderen Kinderabteilungen zu schaffen.

### **Kinderfreundliche Atmosphäre und Bekleidung**

Um kinderfreundliche Atmosphäre in den Kinderspitälern beziehungsweise -abteilungen bemüht man sich durch eine Reihe von Maßnahmen: von Spielzimmern über Aufenthaltsräume für begleitende Mütter, Spielzeug für alle Altersgruppen, Musikinstrumente zur Therapie, kindergerechte Möbel und vieles andere mehr. Zur Kinderfreundlichkeit gehört auch, daß für die kleinen Patienten bunte und farbenfrohe Bekleidung gekauft wurde.

### **Schule im Krankenhaus**

Kleine Patienten, die längere Zeit im Spital behandelt werden müssen, brauchen deshalb nicht auf den Schulunterricht zu verzichten, sodaß sie nach ihrer Rückkehr nach Hause den Anschluß leichter wieder finden. Dafür gibt es seit 1948 die sogenannte „Heilstättenschule“, in der insgesamt 60 Lehrer in 13 Exposituren unterrichten. Geboten wird Unterricht für die Volks- und Hauptschulen sowie die AHS-Unterstufe. Darüber hinaus werden auch Schüler der Allgemeinen Sonderschule und der Spezialsonderschule betreut.

### **Kinderbesuch bei Erwachsenen heute selbstverständlich**

Heute ist es bereits selbstverständlich, daß Kinder zu ihren kranken Eltern ins Spital dürfen — in Begleitung eines Erwachsenen und natürlich nur dann, wenn der Elternteil nicht an einer Infektions- oder Intensivabteilung betreut wird. Vor zehn Jahren hatte es über diese Frage noch große Diskussionen gegeben. (Schluß) zi/bs



## **Stadtwerke: Winter ließ Energieverbrauch hochschnellen**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke haben ihren Bericht über das erste Quartal 1987 vorgelegt. Demnach ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres der Strombedarf um 6,4 Prozent gestiegen, die Erdgasabgabe an Tarifabnehmer sogar um fast zehn Prozent. Das ist natürlich vor allem auf den strengen Winter zurückzuführen. Die Fahrgastzahlen der Wiener Verkehrsbetriebe sind um 2,6 Prozent gestiegen.

Die E-Werke verzeichneten einen Bedarf von 2,2 Millionen Megawattstunden, in den ersten drei Monaten des Vorjahres waren es 2,07. Am 13. Jänner 1987 wurde mit 1.402 Megawatt die bisher größte Netzbelastung seit Bestehen der E-Werke registriert.

Die Gaswerke haben insgesamt rund 417 Millionen Kubikmeter Erdgas an Tarif- und Sonderabnehmer abgegeben, wobei der Wert bei den Sonderabnehmern gegenüber 1986 in etwa gleich blieb, während die Abgabe an Tarifabnehmer um 9,8 Prozent auf 335 Millionen Kubikmeter stieg. Allein im Jänner 1987 wurde aufgrund der tiefen Temperaturen um fast 30 Prozent mehr Erdgas als im Jänner 1986 abgegeben.

Die Wiener Verkehrsbetriebe verzeichneten im ersten Quartal 1987 154,6 Millionen „Beförderungsfälle“, eine Steigerung um 2,6 Prozent. Die Fahrleistung nach Platzkilometern ist um fast zwei Prozent gestiegen. Der Durchschnittserlös ist gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr leicht gesunken: auf 451,7 Groschen pro Beförderungsfall. Der Wagenpark der Verkehrsbetriebe wurde im ersten Quartal 1987 mit vier Triebwagen der Type „E2“, fünf Normalbussen, einem Gelenkbus und zehn Citybussen neu ausgestattet.

Die Zahl der Bestattungen ist mit 5.360 geringfügig gesunken. (Schluß)  
roh/rr



## **Gleisbauarbeiten in der Grinzinger Allee**

Wien, 11.6. (RK-LOKAL) Im Bereich der Grinzinger Allee müssen Gleisbauarbeiten durchgeführt werden. Die Straßenbahnlinie „38“ verkehrt deswegen am Freitag, dem 12. Juni, von 20 Uhr bis Betriebsschluß ab dem Gürtel über die Gleise der Linie „37“ zur Hohen Warte und über die gleiche Strecke zurück.

Zwischen der Stadtbahnstation Nußdorfer Straße und Grinzing wird ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet.

Die Wiener Verkehrsbetriebe informieren ihre Fahrgäste durch Aushänge an den Haltestellen der Linie „38“. (Schluß) roh/rr



## **Spitäler: Arbeitszeitverkürzung einvernehmlich mit Pflegepersonal**

**Durch Einführung der 40-Stunden-Woche steigt Personalbedarf um 14 %**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Eine stufenweise Reduktion der Wochenarbeitszeit des Pflegepersonals, wie sie derzeit in den städtischen Krankenanstalten versucht wird, kann nur schrittweise und nur im Einvernehmen mit den Betroffenen verwirklicht werden. Das erklärte der Leiter der städtischen Spitalsverwaltung Obersenatsrat Dr. Wolfgang ZWINS in einer Antragsbeantwortung im Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen. Mitglieder der Personalvertretung und des Anstaltenamtes beraten über die Arbeitszeitverkürzung und erörtern Regelungen, durch die finanzielle und soziale Härten vermieden werden sollen. Berechnungen der Spitalsverwaltung haben ergeben, daß bei Einführung der 40-Stunden-Woche um rund 14 Prozent mehr Schwestern und Pfleger benötigt werden. Derzeit beträgt die wöchentliche Arbeitszeit in diesem Beruf noch vielfach 48 Stunden.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Verbesserungen mit dem Ziel durchgeführt, einerseits die bestmögliche Betreuung der Patienten sicherzustellen, andererseits die enorme Belastung des Pflegepersonals auf ein annehmbares Maß zu reduzieren. Die Personalbedarfsberechnungen sind nach der Pflegebedürftigkeit der Patienten kalkuliert und schließen auch eine Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit ein. Es gibt heute bereits um ein Fünftel mehr Abteilungshelferinnen und Bedienerinnen, sodaß das Pflegepersonal bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten entlastet werden konnte. Die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten, die die Stadt Wien für ihr Pflegepersonal anbietet, werden derart engagiert genutzt, daß das Kursangebot verdoppelt wurde. (Schluß) and/rr



### **Western- und Country-Konzert**

Wien, 11.6. (RK-LOKAL) Ein spezielles Programmangebot mit Westernmusik und Countrysongs gibt es morgen, Freitag, in der Josefstadt. Im Rahmen der Festwochen findet am Schloßerplatzl (Ecke Wickenburggasse/Tulpengasse) ein Konzert mit Country- und Westernmusik statt. Ausführende sind die Mitglieder der Gruppe „Hard Times“ aus der BRD unter der Leitung von Lody van Flodrop. Veranstalter ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß) zi/gg

### **Fachschule Dörfelstraße wird ausgebaut**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Rund 8,8 Millionen Schilling genehmigte Mittwoch der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales zur Instandhaltung und Schaffung neuer Unterrichtsräume in der Fachschule für Wirtschaftliche Frauenberufe Dörfelstraße 1 in Meidling.

Durch eine Aufstockung des Gebäudes werden neue Unterrichtsräume für die Unterrichtsgegenstände Physik, Chemie und Biologie sowie ein EDV-Raum gewonnen. Der Medienraum und der Raum, in dem Servierkunde unterrichtet wird, werden adaptiert, die Wirtschaftsräume sollen umgebaut werden. (Schluß) jel/bs



## **Fünf Millionen für Filmförderungsfonds**

Wien, 11.6. (RK-KULTUR) Fünf Millionen Schilling für den Wiener Filmförderungsfonds im Jahr 1987 genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport. Damit erhielt der Fonds, der im Jahr 1976 gegründet und bisher seitens der Stadt Wien mit insgesamt rund 52,5 Millionen Schilling dotiert wurde, eine Million Schilling mehr als im Vorjahr. Die bisher finanziell erfolgreichste Produktion im Rahmen des Wiener Filmförderungsfonds Produktion war „Müllers Büro“ von Niki List. (Schluß) jel/rr



### **Dritter Simmeringer Haidelauf**

Wien, 11.6. (RK-BEZIRKE) Den 3. Simmeringer Haidelauf veranstaltet die Bezirksvorstehung Simmering mit Unterstützung des Sportamtes der Stadt Wien am Samstag, dem 13. Juni. Der Starter erfolgt um 9.30 Uhr in Wien 11, Ecke Mitterweg/Oriongasse. Die Streckenlänge beträgt zwischen zwei und acht Kilometer. Es ist kein Nenngeld zu entrichten. Alle Teilnehmer, die die vorgeschriebene Wegstrecke innerhalb des Zeitlimits zurücklegen, erhalten Urkunden. Für die Sieger gibt es Pokale. Nähere Auskünfte unter Telefon 74 75 41/Klappe 222 oder 224 DW. (Schluß) du/gg

### **Sitzungen von Bezirksvertretungen**

Wien, 11.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Mariahilf tritt am Mittwoch, dem 17. Juni, um 17 Uhr, im Festsaal der Bezirksvorstehung 6, Amerlingstraße 11, zu einer Sitzung zusammen.

Ebenfalls am 17. Juni, um 17 Uhr, hält die Bezirksvertretung Alsergrund im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 9, Währinger Straße 43, 1. Stock, eine Sitzung ab, und die Bezirksvorstehung Penzing hat auch am 17. Juni, um 16 Uhr, im Festsaal des Amtshauses Hietzing-Penzing, 13, Hietzinger Kai 1 ihre nächste Sitzung. (Schluß) sti/gg



### **Goldenes Ehrenzeichen für Dr. Rupert Zimmermann**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Stadtrat Friederike SEIDL Donnerstag vormittag an Ministerialrat i.R. Prof. Dr. Rupert ZIMMERMANN. Der Ausgezeichnete bekleidete zahlreiche leitende Funktionen in der verstaatlichten Industrie und war zuletzt Generalsekretär der Österreichischen Industrie-verwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG). (Schluß) pz/bs

### **Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Kühlmayer**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte am Donnerstag das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an Univ.-Prof. Dr. Robert KÜHLMAYER. Er war Vorstand der Chirurgischen Abteilung der Poliklinik und hat sich vor allem im Bereich der Chirurgie des Bauches profiliert. Seit Anfang dieses Jahres ist er im Ruhestand. (Schluß) and/bs



## **Ronacher: Projekt steht am 1. Juli**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Das endgültige Projekt für die Revitalisierung des Ronachers wird am 1. Juli dieses Jahres feststehen, erklärte Verwaltungsdirektor Franz HÄUSSLER Donnerstag bei einer Begehung mit Journalisten im Ronacher. Danach wird mit den Sanierungsarbeiten begonnen. Die Fertigstellung und Eröffnung des Ronachers ist für die Jahreswende 1989/1990 geplant. (Schluß) sei/bs



## **Zilk: Mehr Mitsprache für Städte in Bundesangelegenheiten**

### **37. Städtetag in Graz eröffnet**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) In Graz wurde heute, Donnerstag, der 37. Österreichische Städtetag durch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, den Präsidenten des Österreichischen Städtebundes, in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste und Delegierter aus rund 200 österreichischen Gemeinden und Städte eröffnet. Zilk sprach in seiner Eröffnungsrede von einem neuen Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der Städte, die stärker als bisher auf ihrem Mitspracherecht auch in Bundesangelegenheiten bestehen sollten. So müßte das Spar- und Sanierungsprogramm der Regierung selbstverständlich von den Gemeinden mitgetragen werden, es sei aber gemeinsam mit dem Bund der richtige Mittelweg auszuloten. Vor dem Forum des 37. Österreichischen Städtetages richtete Zilk auch einen dramatischen Appell an die Großmächte, die Atomversuche einzustellen. Die Vorgangsweise, stattdessen gegenseitig Beobachtungsteams und Erfahrungen auszutauschen, bezeichnete Zilk als skurril und nicht zielführend.

Bundespräsident Dr. Kurt WALDHEIM bezeichnete in seiner Ansprache den Städtetag als richtungsweisendes Instrument der österreichischen Kommunalpolitik. Bei der Sanierung des Staatshaushaltes stehe zu Unrecht der Bund in der Öffentlichkeit im Vordergrund, es gebe aber auch in den Ländern und Gemeinden eine Fülle ungelöster Probleme. Als eines der wesentlichsten Probleme bezeichnete Waldheim den Attraktivitätsverlust der Städte, die Abwanderung ins Umland und die damit verbundenen Finanzierungsprobleme durch die abwandernde Steuerleistung und Kaufkraft. Als Schritt zur Verbesserung der Situation bezeichnete Waldheim die Revitalisierung der Altstädte, die z.B. in Wien in den letzten Jahren vorbildhaft wie etwa am Spittelberg durchgeführt werde. Sie sollte beschleunigt fortgesetzt werden.

### **Thema „Jugendarbeit“ im Mittelpunkt**

Im Mittelpunkt des heurigen Städtetages steht das Thema „Jugendarbeit“. In ihrem diesbezüglichen Referat wies Wiens amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Familie und Soziales, Ingrid SMEJKAL, darauf hin, daß eine selbstbewußt gewordene Jugend ein faszinierender und enorm wichtiger Partner für die Politik sein muß. Der Prozentsatz an Jugendlichen gegenüber der Gesamtbevölkerung schwankt in Österreich zwischen 14 (Wien) und 19 Prozent (Tirol) und ist damit höher als in den Nachbarstaaten. Trotzdem werde dieser große Anteil in der Politik im Gegensatz zu vielen kleineren Gruppen kaum gehört. Aus dem von Vizebürgermeister a.D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER initiierten Jugendbericht gehe unter anderem ein Ansteigen des politischen Interesses, verbunden mit einer Abnahme traditioneller Parteienbindungen, hervor. So stimmen bereits 68 Prozent der 15- bis 24jährigen selten oder nie mit den politischen Ansichten ihrer Eltern überein. Das Bild der Politiker habe sich deutlich verschlechtert. Es sei daher äußerst wichtig vor allem für die Gemeindepolitiker, den Dialog mit Jugendlichen von sich aus und direkt aufzunehmen, führte Smejkal aus.

### **„Agieren statt Reagieren“**

Durch die steigende Lebenserwartung ändere sich die Bevölkerungsstruktur in Richtung einer „Seniorenengesellschaft“. Dabei dürfe das Jungsein kein Nachteil werden. Die Formen der politischen Information und Mitwirkung sind derzeit in allen Gebietskörperschaften auf das Erreichen der Volljährigkeit ausgerichtet, sollten jedoch, wie Smejkal forderte, schon auf die Zeit davor ausgedehnt werden. Auch müßte eine gezielte Unterstützung der Jugendlichen im Freizeit- und Konsumbereich erfolgen. Das wichtigste Motto für die Jugendarbeit müsse heißen „Agieren statt Reagieren“, das heiße, nicht auf Forderungen oder Demonstrationen zu warten sondern von selbst auf die Jugendlichen zuzugehen und sie möglichst früh einzubeziehen.



In diesem Sinne wurde in mehreren Sitzungen und Arbeitskreisen ein Jugendprogramm ausgearbeitet, das heute dem Städtetag zum Beschluß vorgelegt wird. StR. Smejkal stellte dieses Programm vor. Es sieht vor, daß Jugendarbeit als wesentliche Kompetenz der Gemeinden und Länder, wie etwa Sozial- oder Bildungsarbeit, durch Budgetansätze finanziell sicherzustellen ist. Jugendarbeit müsse sich aktiv mit Wünschen und Bedürfnissen junger Menschen befassen, wodurch sich einzelne Maßnahmen der Jugendwohlfahrt erübrigen könnten.

Dabei müßte sowohl die Loslösung aus der Familie und die Eingliederung in das Gemeinwesen unterstützt werden. Aktuelle Jugendpolitik müsse die Berücksichtigung berechtigter Anliegen junger Menschen zum Ziel haben und darf Jugendliche nicht in eine Oppositionshaltung drängen. Gesamtgesellschaftliche Probleme, wie etwa Alkohol-, Nikotin- oder Drogenmißbrauch würden derzeit oft fälschlicherweise auf Jugendliche reduziert. Zur Durchführung dieser Vorhaben müßten interessierte und qualifizierte Mitarbeiter gefunden und weitergebildet werden.

### **Suttner: Städte- und Gemeindebund verfassungsmäßig verankern**

Zum Abschluß der heutigen Sitzung des Städtetages legte der Generalsekretär des Städtebundes, Reinhold Suttner, seinen Bericht vor. Suttner verglich dabei die Möglichkeiten des Österreichischen Städtebundes mit denen des Deutschen Städtetages, der 674 Städte mit insgesamt 33 Millionen Einwohner vertritt. Der Österreichische Städtebund hat natürlich eine geringere Dimension, ihm stehen aber auch vergleichsweise viel weniger Möglichkeiten zur Verfügung. So werden bei steuerlichen Maßnahmen die Stellungnahmen des Städtebundes zu wenig beachtet, unter anderem deshalb, weil die Präsenz in der Öffentlichkeit und das Bewußtmachen der Auswirkungen von Steuergesetzen auf die Gemeinden fehlen. Als Beispiel nannte Suttner das Grunderwerbssteuergesetz, das die Gemeinden benachteiligt, weil sie in Zukunft ebenfalls Grunderwerbssteuern werden zahlen müssen und über die Umlagen ein Teil davon an die Länder fließt. Das Verlangen des Städtebundes und auch des Österreichischen Gemeindebundes nach einem Steuersatz von fünf Prozent, der die Gemeinden entlasten würde, fand aber keinen Widerhall. In diesem Zusammenhang richtete Suttner den Vorwurf an die Medien, zu wenig über die Interessen der Gemeinden zu berichten, obwohl diese im direkten Kontakt mit den Bürgern finanziell die meisten Möglichkeiten für zielführende Maßnahmen hätten.

Als eines der wichtigsten anstehenden Probleme für die österreichischen Städte und Gemeinden nannte Suttner die Müllentsorgung. Nach der letzten Abfallerhebung betrug im Jahr 1983 die öffentlich zu entsorgende Menge an Hausmüll bereits über 1,6 Millionen Tonnen. Sie nimmt pro Jahr konstant um ein Prozent zu. Um dieses Problem bei der Wurzel anzufassen, hieße es, die Müllmenge zu reduzieren. Alle diesbezüglichen Wünsche und Forderungen des Österreichischen Städtebundes in bezug auf Einweggebinde oder ein Verbot von bestimmten Verpackungsmaterialien habe bisher beim zuständigen Bundesministerium zu keinerlei Erfolg geführt, stellte Suttner fest. Erst vergangene Woche wurde ein Entwurf eines Bundesgesetzes über die Vermeidung von Abfällen zur Begutachtung versendet. Aber schon gebe es seitens der Bundeswirtschaftskammer Querschüsse. Daher müßten hier die Gemeinden aktiv werden und die Öffentlichkeit mobilisieren, um allen, die in bezug auf Müllvermeidung guten Willens sind, entsprechenden Rückhalt zu bieten, forderte Suttner.

Nachdrücklich verlangte Suttner deshalb auch die verfassungsmäßige Verankerung der beiden Gemeindebünde als Gesprächs- und Verhandlungspartner, sodaß sie nicht mehr auf das Wohlwollen einzelner Ministerien oder Landesregierungen angewiesen sind. (Schluß) roh/bs/rr

Forts. von Blatt 1255



## **Stacher gegen undifferenzierte Aussagen zu Spitalskosten**

### **Kürzere Verweildauer bringt höhere Tageskosten**

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Gegen undifferenzierte und pauschale Aussagen im Zusammenhang mit der Verweildauer von Patienten in Spitälern und den Kosten des Spitalsaufenthaltes wendet sich Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. In Wien sei die durchschnittliche Verweildauer, bei gleichzeitig gebotener aufwendiger Spitzenmedizin, in den letzten Jahren deutlich verringert worden. Die Kosten des Aufenthaltes jedes einzelnen Patienten sind daher in die Höhe geschneit. Aus diesem Grunde fordere er, sagte der Stadtrat, die Höhe der den Spitalserhaltern zugestandenen Kostenersätze adäquat anzuheben, wenn sie, wie in Wien die Verweildauer im Interesse von Patienten und Volkswirtschaft verkürzen.

Der Wiener Gesundheitsstadtrat nahm mit diesen Aussagen Bezug auf eine Erklärung des ÖVP-Gesundheitssprechers Dr. Günter Stummvoll. Stacher erinnerte daran, daß erst seit langem die Auffassung vertrete, durch eine verbesserte Außenversorgung, wie sie in Wien seit Jahren forciert werde, ließen sich die Kosten der stationären Leistungen oder der auch ambulanten Betreuung im Spital verringern. Hier stimme er mit Stummvoll überein. Die verbesserte Vor- und Nachsorge in Wien habe dazu geführt, daß die durchschnittliche Verweildauer pro Patient von 15,2 Tagen auf nunmehr 11,58 Tage reduziert werden konnte. Damit bleibt die Stadt Wien jedoch gerade auf den kostenintensiven ersten Tagen der Behandlung „sitzen“. Es müsse daher mit gutem Grund gefordert werden, die Anstrengungen Wiens auf diesem Gebiet dermaßen abzugelten, daß ein dem gestiegenen Aufwand für den einzelnen Patienten entsprechender Erhöhungsfaktor angerechnet werden. Das derzeit praktizierte System der Zahlung nach pauschalierten Tagsätzen, die auch unnötig lange Verweildauer „belohne“, sei für Wien auf Dauer nicht mehr tragbar. Für Wien sei es besonders wichtig, die teuren Spitzenleistungen weiter als bisher zu fassen und damit im Rahmen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds eine entsprechende Abgeltung zu erhalten. (Schluß) and/bs